



Mitgliederzeitung der SP Schweiz

137 • CH Juni 2013 AZB 3001 Bern



BLS



Der Kluge setzt auf den Zuge

6,4 Milliarden für den Bahnausbau: Das Parlament setzt mit dem Gegenvorschlag zur öV-Initiative des VCS einen Meilenstein. Die neue VCS-Präsidentin Evi Allemann sagt, wie die Vorlage zustande kam, was sie unter Verkehrspolitik versteht und wie sie den Verkehrs-Club prägen will.

Seiten 2 und 3

INTERNATIONAL



Progressive Alliance: Das neu gegründete «Netzwerk der progressiven Kräfte des 21. Jahrhunderts» will die Sozialistische Internationale zu Reformen zwingen.

Seite 4

POSITIONEN



Medienpolitik: Die SP Schweiz schlägt einen Wechsel von der indirekten Presseförderung hin zur direkten Medien- und Journalismusförderung vor.

Seiten 14 und 15

CARTE BLANCHE



Der Bauernhof sei immer weniger eine heile Welt, schreibt die Vizepräsidentin des Schweizerischen Bäuerinnen- und Landfrauenverbands **Liselotte Peter**.

Seite 19

«Ideologische Verbohrtheit führt

Das Schweizer Bahnnetz wird bis 2025 für 6,4 Milliarden Franken ausgebaut. Als Mitglied der nationalrätlichen Verkehrskommission und neue Präsidentin des Verkehrs-Clubs VCS hat Evi Allemann doppelten Grund zur Freude. Sie weiss aber auch, dass ein Ausbau der Bahn kein Allheilmittel ist. Interview: Andrea Bauer

«links»: Kaum Präsidentin, kannst du mit dem VCS einen grossen Erfolg feiern: Das Parlament hat mit FABI, dem Gegenvorschlag zu eurer Initiative «Für den öffentlichen Verkehr» einen massiven Ausbau der Bahn beschlossen ...

Evi Allemann: Wir haben mit der Initiative wirklich sehr viel erreicht. Sie hat den Druck auf die relevanten politischen Akteure in der Verkehrspolitik stark erhöht und den Weg für eine umfangreiche und mehrheitsfähige Lösung geebnet. Das Bahnbrechende am Gegenvorschlag ist: Das Parlament hat nicht nur den Ausbau der Bahninfrastruktur beschlossen, sondern auch die langfristige Finanzierung des Unterhalts sichergestellt.

Wie war es möglich, dass sich eine so breite Allianz für den Ausbau der Bahn aussprach?

Ein Grund liegt darin, dass der ursprüngliche Finanzrahmen der Vorlage des Bundesrats im Parlament von 3,5 auf 6,4 Milliarden erhöht wurde. Damit entspricht FABI in etwa der finanziellen Zielvorgabe der öV-Initiative. Dazu kommt, dass man in der Schweiz am Schluss in der Bevölkerung eine Mehrheit finden muss. Sprich: Die Akzeptanz einer Vorlage hängt auch von der regionalen Ausgewogenheit ab. Die finanzielle Aufstockung erlaubte es, zusätzliche Projekte aufzunehmen und erste Entscheide für Projekte nach 2025 zu treffen, sodass inzwischen praktisch alle Regionen davon profitieren.

Welche Rolle spielte der VCS beim Zustandekommen des Gegenvorschlags?

Der VCS trat von Anfang an als gewichtiger Player mit kompetenten Vorschlägen auf. Unsere Initiative wurde ernst genommen, als gewichtig und als chancenreich eingestuft. Der Druck, eine umfangreiche ähnliche Lösung

als Gegenvorschlag zu präsentieren, war gross. Zudem hat die Initiative die Wahrnehmung des VCS in ein neues Licht gerückt: vom Image des Verhinderers hin zu einem politisch relevanten, konstruktiven Verband. Diesen Geist möchte ich gerne weiterführen. Mit diesem Stil prägt der VCS die Verkehrspolitik aktiv mit und gibt der Schweiz ein anderes Mobilitätsgesicht.

FABI muss Ende dieser Session zwar noch in die Schlussabstimmung, doch eine breite Zustimmung scheint sicher. Zieht der VCS seine Initiative nach der Session zurück?

Wir führen keine Rückzugsdiskussionen, bevor nicht die Schlussabstimmung vorbei ist. Bis dann entfaltet die Initiative ihre Wirkung als Motor des Gegenvorschlags. Danach wird sich das Initiativkomitee aber sofort mit der Frage auseinandersetzen müssen.

Die Vorlage wird allerdings auch zu einer Verteuerung der Billettpreise führen. Hinzu kommt eine Deckelung der Steuerabzüge für Pendlerinnen und Pendler. Ist es in Ordnung, wenn die Zugfahrenden zur Kasse gebeten werden?

Die Finanzierung von FABI ist ein urschweizerischer Kompromiss. Alle, die davon profitieren, geben ein wenig: die Kantone, die Bahnkundschaft, der Bund etcetera. Gerade auch darum ist es eine tragfähige Lösung, die nicht in zwei, drei Jahren wieder infrage gestellt wird. Die Entwicklung der Billettpreise macht mir indes tatsächlich Sorgen, denn sie zeigt seit einigen Jahren nur in eine Richtung: gegen oben. Die für FABI notwendigen Anpassungen der Billettpreise jedoch wurden bereits vorgenommen und der Ausbau darf nicht als Vorwand für

weitere Erhöhungen dienen. Schliesslich müssen wir uns aber bewusst sein: Eine Verbesserung des Angebots kostet etwas.

Der Ursprung der VCS-Initiative ist, dass die Züge zunehmend überfüllter sind. Nun kann man aber nicht immer noch mehr ausbauen – setzt der VCS auch bei der zunehmenden Mobilität an?

Auf jeden Fall. Wenn wir es mit den Klimazielen des Bundes ernst meinen, müssen wir das. Denn nur so ist die ökologische Verkehrswende zu schaffen. Es ist mir ein grosses Anliegen, dass Verkehrspolitik zusammen mit Raumplanung und Wohnbaupolitik betrachtet wird. Auf Bundesebene wurde das bisher viel zu wenig

«Es ist mir ein grosses Anliegen, dass Verkehrspolitik zusammen mit Raumplanung und Wohnbaupolitik betrachtet wird.»

gemacht. Wir haben in den Agglomerationen einen extrem hohen Druck, nicht nur im Verkehrsbereich, sondern auch auf dem Wohnungsmarkt. Das hat die SP erkannt und das möchte ich gerne auch mit dem VCS weiterverfolgen. Ich habe bei meiner Bewerbung für das Präsidium denn auch den Akzent auf die Kombination dieser drei Bereiche gelegt. Wir müssen über Themen hinweg vernetzt sein, und nicht nur über Organisationen. Der Gedanke, dass das Verkehrssystem nicht allein betrachtet werden kann, ist im VCS bereits vorhanden und der Nährboden gut. Meine Erfahrung aus der Mieterverbands-Bewegung gibt mir eine zusätzliche Glaubwürdigkeit.

Ein ähnlicher Fonds wie für die Bahninfrastruktur ist für die Strasse geplant. Wird sich der VCS auch für diesen Fonds einsetzen? Schliesslich ist er mit seinen Versicherungen auch Dienstleister für Autofahrende ...

Tatsächlich sind rund 70 Prozent unserer Mitglieder Autofahrende. Auf der politischen Bühne sind wir aber letztlich die öV-Lobby, das wissen auch unsere Mitglieder. Mit unserem Engagement und unseren Dienstleistungen unterstützen wir sie bei der umweltfreundlichen Gestaltung ihrer Mobilität: möglichst viel mit dem öV, im nahen Bereich zu Fuss oder mit dem Velo, wenn es die Umstände erfordern mit dem Auto.

VCS-INITIATIVE UND GEGENVORSCHLAG

2010 reichte der VCS zusammen mit über 20 Partnerorganisationen die Initiative «Für den öffentlichen Verkehr» ein. Die Initiative fordert, dass die Einnahmen aus der Mineralölsteuer, welche heute grossmehrheitlich in den Strassenbau fließen, zur Hälfte in den Bahnausbau investiert werden. Der Bundesrat lehnt die Initiative ab, hat ihr aber mit der Vorlage «Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur» FABI einen direkten Gegen-

vorschlag gegenübergestellt. FABI umfasst neben einem unbefristeten Bahninfrastrukturfonds, aus dem Betrieb, Unterhalt und Ausbau finanziert werden, auch konkrete Vorschläge für erste Ausbauschritte bis 2025. Für Letztere hatte der Bundesrat ursprünglich Investitionen in der Höhe von 3,5 Milliarden vorgesehen, der Ständerat und in der Juni-Session auch der Nationalrat erhöhten die Mittel auf 6,4 Milliarden.

zu keinen Mehrheiten»

Michael Arn



«Wir haben mit der Initiative wirklich sehr viel erreicht», sagt die neue VCS-Präsidentin Evi Allemann.

Was bedeutet das in Bezug auf die Diskussion um den Strassenfonds?

Wir akzeptieren, dass man für die Strasse eine Lösung diskutiert, die eine ähnliche Architektur aufweist wie FABI. Die entscheidende Frage ist auch hier die Finanzierung. Aus Sicht des VCS ist es sinnvoll, über die Finanzierung den Verkehr zu lenken und Anreize zu schaffen, die eigene Mobilität möglichst umweltfreundlich zu gestalten. Es ist erfreulich, dass der öV vorangeht und mit FABI das Modell für die Zukunft festgelegt hat: einen Fonds, der von verschiedenen Seiten gespeist wird und nachhaltig nicht nur den Ausbau, sondern auch den Unterhalt sichert. Nur: Ich sehe bei den Nationalstrassen keinen Ausbaubedarf. Darum ist es auch richtig, dass der VCS das Referendum gegen die Preiserhöhung der Autobahn-Vignette ergriffen hat.

Die Linke ist sich da aber nicht einig. Die Unterschriften für das Referendum sammelt der VCS darum zusammen mit der SVP ...

Wohlverstanden: Wir sammeln getrennt, mit eigenem Unterschriftenbogen, denn wir haben komplett andere Argumente als die SVP. Auf den ersten Blick könnte man meinen, eine Verteuerung der Autobahnvignette schröpfe

die Autofahrenden. Wahr ist das Gegenteil: Eine Verteuerung der Vignette um 60 Franken entspricht einer Tankfüllung. Deshalb legt kein Autofahrender auch nur einen Kilometer weniger zurück. Der Erlös aus dem Verkauf der Vignette ist zudem zweckgebunden und fliesst direkt in den Ausbau der Strasse, etwa in die zweite Gottthardröhre. Wollen wir glaubwürdig gegen diese kämpfen, können wir es uns nicht erlauben, eine derartige Verteuerung der Autobahnvignette zu unterstützen. Wir können uns doch nicht für die Finanzierung eines Projekts einsetzen, das wir bekämpfen.

Mit dem Erfolg von FABI zeichnet sich ein Abschluss der öV-Initiative ab – was hast du mit dem VCS als Nächstes vor?

Auf kurze und mittlere Frist steht noch vieles im Zeichen der öV-Vorlage: Wir müssen eine Volksabstimmung gewinnen und für diese Kampagne trägt der VCS eine grosse Verantwortung. Unmittelbar davor oder danach wird über die Vignette abgestimmt. Wir sind also bis nächsten Sommer voll ausgelastet und

ich will den Verband bis dahin nicht mit neuen Projekten überfordern. Parallel dazu werden wir uns bei der Strassenfinanzierung für eine möglichst umweltfreundliche Finanzierung einsetzen. Mein persönliches Anliegen ist, dass der Graben zwischen Strasse und Schie-

«Wollen wir glaubwürdig gegen die zweite Gotthardröhre kämpfen, können wir eine Erhöhung der Vignette nicht unterstützen.»

ne nicht tiefer wird. Wir werden immer Strassen haben und es geht nicht darum, das eine Verkehrsmittel gegen das andere auszuspielen, sondern dafür zu sorgen, dass die Leute ihre Verkehrsmittelwahl nach ökologischen und vernünftigen Kriterien treffen. Das Interessante an der Verkehrspolitik ist, dass sich immer wieder Türen öffnen für Kompromisse. Ideologische Verböhrtheit führt zu keinen Mehrheiten. Wenn man sich bewusst ist, dass es ein Geben und Nehmen ist und auch die Wirtschaft auf gute Infrastrukturen nicht nur bei der Strasse, sondern auch bei der Bahn angewiesen ist, ist sehr vieles möglich – das zeigt FABI.

STANDPUNKT



Flavia Wasserfallen
Co-Generalsekretärin

Konsequent?

Ein seltsames Bild boten die rund siebzig Herren in schicken Anzügen vergangene Woche auf dem Bundesplatz. Was nach einer Banker-Demo aussah, entpuppte sich als Lancierung und kollektives Unterschriftensammeln für nichts Geringeres als die «Initiative für den Schutz der Privatsphäre». Es gelte den gläsernen Bürger zu verhindern und das Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bürger zu retten mit der Verankerung des Bankgeheimnisses in der Bundesverfassung. Aha! Aber fordern nicht genau diese Herren, der Bundesrat solle mit Notrecht umfassende Personendaten an die US-Justiz liefern – heisst übersetzt, das Bankgeheimnis missachten? Tatsache ist doch, dass das Bankgeheimnis für Ausländerinnen und Ausländer längst gefallen ist. Und im Inland ist es angesichts der internationalen Entwicklungen nicht mehr zu halten. Zu Recht: Wir dürfen Steuerhinterziehung unter dem Deckmäntelchen von Vertrauen und Schutz der Privatsphäre nicht länger dulden. Das hat die SP vor 35 Jahren gesagt, das vertritt die SP auch heute noch. Denn wer Steuern hinterzieht, schwächt nicht nur den Service public, sondern gefährdet den sozialen Frieden und Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Zurück zu den Männern auf dem Bundesplatz. Sie äussern sich auch bei anderen Themen gerne dezidiert. Sei es zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum oder zur Missbrauchsbekämpfung im Sozialhilfebereich – die Argumente sind immer die gleichen: Wer keinen Dreck am Stecken hat, muss auch nichts befürchten. Und warum gilt das nicht bei den Steuern? Hier gelten offenbar andere Regeln.

Diese widersprüchliche Haltung folgt einem klaren Muster. Seien es reiche pauschalbesteuerte Ausländer, die weit gehende Steuerprivilegien geniessen dürfen, oder Steuerhinterzieher, welche sich einer berechtigten Besteuerung entziehen: Wer gibt, der wird privilegiert behandelt – wer hingegen etwas erhält, wird anderen Regeln unterstellt. Der gläserne Sozialhilfeempfänger ist kein Problem, der gläserne Steuerzahlende muss jedoch verfassungsrechtlich verhindert werden. Gegen diese Politik für wenige Privilegierte wehrt sich die SP vehement. Denn es darf nicht sein, dass Menschen mit dickerem Portemonnaie mehr Rechte geniessen als der grosse Rest.



Progressive Alliance

Die Neugründung der Progressive Alliance bringt die Sozialistische Internationale unter Druck. Zu Recht, finden wir.

Die Progressive Alliance (PA) ist gegründet. Einen Tag vor dem grossen Jubiläumfest der SPD am 22. Mai versammelten sich in Leipzig Vertreterinnen und Vertreter von rund siebzig linken Parteien aus der ganzen Welt, um die Gründungsurkunde des «Netzwerks der progressiven Kräfte des 21. Jahrhunderts» zu unterschreiben. Ziel der PA ist es, die progressiven Kräfte zu bündeln, um die weltweite Zusammenarbeit in den Themen soziale Gerechtigkeit, Marktregulierung und Armutsbekämpfung zu verstärken.

Inhaltlich steht die Progressive Alliance damit auf der Linie der Sozialistischen Internationale. Zu Recht fragt man sich, wer sich solche Doppelspurigkeiten leisten kann und ob sie sinnvoll sind. Eine parallele Existenz zweier linker internationaler Organisationen ist denn auch nicht die Idee. Vielmehr entstand die PA aus der kritischen Auseinandersetzung mit der Sozialistischen Internationale. Gegründet in den 1950er Jahren, zählt die SI heute über 160 Mitglieder und kann eine Reihe von historischen Erfolgen verbuchen. So gelang es ihr als erster internationaler Organisation, die israelische Arbeiterpartei mit der palästinensischen Fatah zusammenzubringen.

Der Grund, weshalb die Sozialistische Internationale heute in der Kritik steht, liegt vor allem darin, dass einige ihrer Mitgliedsparteien von einstigen Freiheitsbewegungen zu autoritären Kaderparteien pervertiert wurden. Ihr Verbleib in der SI ist für die SP Schweiz inakzeptabel; das tat sie in der Resolution des Parteitags vom 26. März 2011 kund. Darüber hin-

aus forderte die SP Schweiz – gemeinsam mit zahlreichen anderen Mitgliedsparteien –, dass die SI grundlegend reformiert wird.

Die Hoffnungen auf Reform und Neuausrichtung erlitten am SI-Kongress im September 2012 einen argen Dämpfer: Das Führungsduo – Generalsekretär Luis Ayala und Präsident Giorgios Papandreou – setzte sich durch und damit der alte Führungsstil der SI. Vor diesem Hintergrund wurde die Progressive Alliance gegründet: als Antwort auf den gescheiterten Reformversuch der SI.

Einen Tag vor dem Gründungsanlass nahmen Ayala und Papandreou in einem E-Mail an all ihre Mitgliedsparteien Stellung zu den seit langem schwebenden Vorwürfen. Dass sie so gut wie alle Kritik wortreich zurückwiesen, lässt nicht auf Einsicht hoffen. Positiv zu werten ist, dass sie überhaupt Stellung genommen haben – bis anhin war das nämlich nicht der Fall.

Insgesamt liess die Gründung der Progressive Alliance die Verfasserin und den Verfasser dieses Artikels verhalten optimistisch zurück. Im besten Fall beugt sich die Sozialistische Internationale dem Druck, leitet die lange geforderten, nötigen Reformen ein und wird damit wieder zu einer linken, wirkungsvollen, internationalen Organisation, während sich die Progressive Alliance als Kampagnenplattform etablieren kann.

Co-Generalsekretärin **Leyla Gül** und Nationalrat **Cédric Wermuth** haben an der Gründungsveranstaltung der Progressive Alliance in Leipzig teilgenommen.

Gut, aber zwanzig Jahre zu spät

Eine Expertengruppe unter Leitung des früheren Seco-Chefökonom Aymo Brunetti hat dem Bundesrat einen Bericht über die Zukunft des Finanzplatzes vorgelegt. Dieser bestätigt, was die SP seit längerem fordert: Der automatische Informationsaustausch in Steuersachen wird zum Standard und die Schweiz muss sich proaktiv in die Diskussion mit der EU und den Industriestaaten der OECD einbringen. Der Bundesrat teilt diese Einschätzung nur beschränkt und will weiter zuwarten.

«links»: Wie beurteilst du den Brunetti-Bericht? Wird der 14. Juni wegen des Berichts wirklich in die Geschichte eingehen, wie einzelne Journalisten prophezeien?

Susanne Leutenegger Oberholzer: Der Bericht ist ein verspäteter Schritt in die richtige Richtung. In die Geschichte eingehen wird die SP. Wir vertreten seit über dreissig Jahren diese Position. Die Bankeninitiative von 1979 wandte sich gegen den Schutz des Steuerhinterzieher-Geheimnisses. Bereits im Wirtschaftskonzept von 1993 stand zu lesen: «Im internationalen Massstab spielen Steuerhinterzieherinnen und Steuerhinterzieher die Staaten gegeneinander aus. Sie werden vor allem durch das Bankgeheimnis der Finanzplätze voneinander geschützt.» Wir forderten ein international koordiniertes Vorgehen gegen die Steuerhinterziehung.

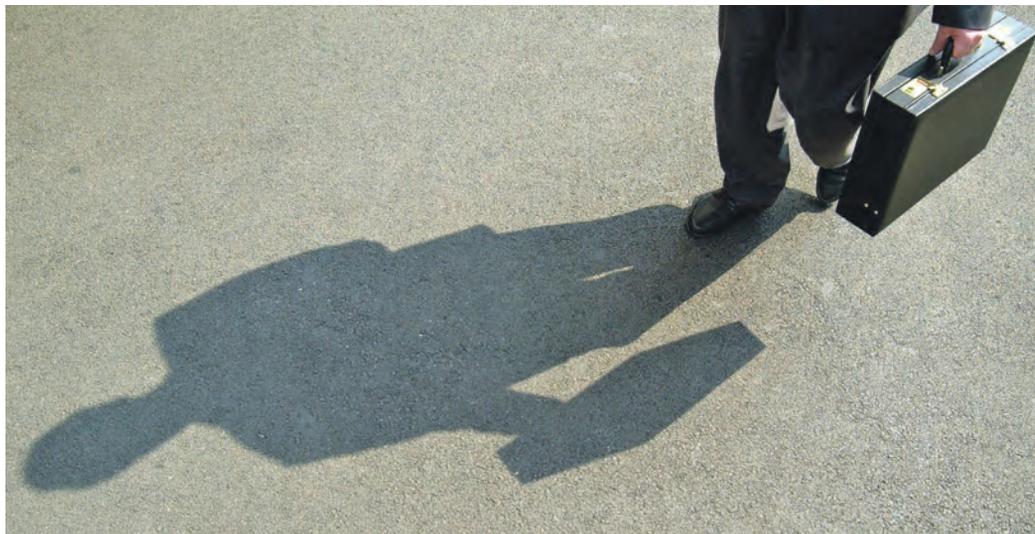
Warum reden die Experten erst jetzt so klar?

Das Banken- und Finanzkapital hat in den letzten dreissig Jahren seine kurzfristigen Interessen durchgesetzt. Die bürgerlichen Parteien hingen finanziell an der Nadel der Grossbanken. Das Steuerhinterzieher-Geheimnis machte die Banken und deren Parteien fett und impotent, wie Bankier Hans J. Bär bereits 2004 feststellte. Sie sahen die Veränderungen nicht kommen.

Hat die Geschichte der SP Recht gegeben?

Wir lagen nicht nur sozial richtig, wir haben nicht nur international solidarisch gehandelt,

Ex-Press



unsere Position war auch wirtschaftspolitisch richtig. Die Steuerhinterziehung sichert den Banken unverdient eine höhere Marge. Die Geschichte gibt uns Recht. Wir haben aber auch recht gehandelt.

Der Bundesrat hat kühl reagiert und will zuwarten, obwohl der Bericht ganz klar zur Eile mahnt. Warum?

Die Mehrheit im Bundesrat will weiter alles hinausögern. Bis in den Herbst. Alle wollen das Gesicht wahren und schaden so der Schweiz weiter. Ich würde mir wünschen, dass unsere Bundesrätin und unser Bundesrat öffentlich etwas mehr Farbe bekennen.

Muss die SP dieses Politikfeld weiter bearbeiten? Wie ist dabei das Gesetz zur Bereinigung des US-Steuerstreits der Banken zu beurteilen? Die Lex US-Banken-Steuerstreit ist nichts anderes als ein Hinterausgang für die Bürgerlichen und ihre Boni-Banker. Wir dürfen nicht zu Handlangern dieses Manövers werden. Die SP wird dieses Politikfeld weiterverfolgen. National und international müssen wir den Druck erhöhen, damit der Umbau des Finanzplatzes so vorankommt, wie wir dies 1993 verlangt haben und wie dies der Bericht Brunetti nun mit zwanzigjähriger Verspätung fordert.

Mit Nationalrätin und Wirtschaftspolitikerin Susanne Leutenegger Oberholzer sprach Stefan Hostettler.

WAS IST DER AIA?

AIA steht für «Automatischer Informationsaustausch». Aktuell dreht sich alles um Informationen zu Konten, die von den Banken an die Steuerbehörden im Land des Kontoinhabers geliefert werden sollen. Heute ist zwischen der Schweiz und verschiedenen Staaten aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen bei Verdacht auf Steuerhinterziehung oder Steuerbetrug der Informationsaustausch möglich. Innerhalb der EU haben sich fast alle Mitgliedstaaten (ab 2015 alle) darauf verpflichtet, Informati-

onen zu Zinserträgen direkt an die zuständigen Steuerbehörden zu melden. Eine weitere Form des AIA ist der Foreign Account Tax Compliance Act FATCA, den die USA allen Staaten aufzwingen. Auch die OECD diskutiert den AIA, jedoch ist der Umfang noch nicht definiert. Innerhalb der EU beschränkt sich der AIA aktuell auf Zinserträge und soll auf weitere Erträge ausgedehnt werden. Die Schweiz als grösster Player in der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung ist unter Druck, ebenfalls einzuwilligen.

ANZEIGE

OIKO CREDIT

Seit 35 Jahren unterstützt Oikocredit benachteiligte Menschen mit fairen Darlehen.

Helfen auch Sie mit, indem Sie Anteilscheine von Oikocredit zeichnen.

Legen Sie Ihr Geld sozial verantwortlich und nachhaltig bei Oikocredit an.

www.oikocredit.ch
044 240 00 62

Der heroische Kampf gegen

Die «Libera Stampa», die Zeitung der Tessiner SP, war strikt antifaschistisch. Mussolini verfolgte ihre Berichterstattung argwöhnisch, der Bundesrat zensierte die Zeitung mehrmals und die SP Schweiz liess ihre Tessiner Genossen immer wieder im Stich, weshalb diese im Untergrund agierten.

Am Mittwoch, 23. April 1941, erschien die Tessiner Tageszeitung «Libera Stampa» («Freie Presse») in Form einer einzigen, fast leeren Seite, in deren Mitte sich die Mitteilung fand: «Wir informieren unsere geschätzten Abonnenten und Leser, dass unsere Zeitung aufgrund einer Anordnung aus dem Bundesamt für Presse und Radio für drei Tage eingestellt wird. Die nächste Ausgabe erscheint am Samstag, den 26. April. Die Direktion der Libera Stampa». Die Reaktion der Bevölkerung fiel wie beabsichtigt aus: Man informierte sich, um den Grund der Zensur herauszufinden. Als sich herausstellte, dass das Publikationsverbot wegen kurzer Passagen aus dem Artikel «Zum Verständnis von Amerika: Lincoln und die Freiheit» erlassen wurde, die als Hitler- und Mussolini-feindlich taxiert worden waren, wandte sich die Stimmung gegen die Behörden, die vor ausländischen Protesten eingeknickt waren, anstatt die Schweizer Unabhängigkeit zu verteidigen. Mit ihrer Massnahme wollte die Redaktion die Zensurpolitik anprangern, die auf ein Bundesratsdekret vom 26. März 1934 zurückging, am 8. September 1939, vor dem Hintergrund des Kriegsausbruchs, sowie am 6. Januar 1940 nochmals verschärft worden war und vor allem die linke Presse betraf.

Treffpunkt für italienische Antifaschisten

Die «Libera Stampa» wurde 1913 gegründet, ab 1920 erschien sie als Tageszeitung. Anderthalb Jahre nachdem Mussolini die faschistische Bewegung gegründet hatte, entstand im September 1920 in Lugano die erste faschistische Gruppierung ausserhalb Italiens. Die «Libera

Stampa» wurde antifaschistisch, ihr Herausgeber, Guglielmo Canevascini, kannte Mussolini noch aus der Zeit, als dieser als sozialistischer Funktionär gearbeitet hatte. Nach dem «Marsch auf Rom» und der folgenden Machtergreifung Mussolinis 1922 wurde die Redaktion Treffpunkt und Arbeitsort für die noch wenigen italienischen Flüchtlinge. Allen voran Vincenzo Vacirca, ehemaliger Chefredakteur von «Avanti!», der Zeitung der italienischen Sozialdemokratie. Er verfasste moderat formulierte Artikel. Härter im Ton war Angelo Tonello. Er kam 1925 in die Schweiz und wurde bereits am 5. Januar 1926 mit der Ausschaffung bedroht. Es folgte

Nach dem «Marsch auf Rom» und der folgenden Machtergreifung Mussolinis wurde die Redaktion Treffpunkt und Arbeitsort für die noch wenigen italienischen Flüchtlinge.

eine Polemik zwischen den Genossen, die Tonello und die freie Meinungsäusserung unterstützten, und dem konservativen Bundesrat Giuseppe Motta, der hoffte, die «Libera Stampa» mundtot machen zu können, da diese die einzige italienischsprachige sozialdemokratische Zeitung in Europa war, die Mussolini im Visier hatte. Dieser wiederum verfolgte die Berichterstattung genau, wie Antonio Scanziani in einem Artikel am 22. Oktober 1926 im liberalen «Dovere» berichtete, nachdem er bei einem Besuch in Mussolinis Residenz eine «Libera Stampa» auf dem Schreibtisch gesehen hatte, in welcher der Duce mit blauem Farbstift Zeilen markiert hatte.

Am 1. Mai 1934 präsentierte sich die Zeitung mit einer traditionell diesem Fest- und Kampftag gewidmeten Titelseite, mit einem Holzschnitt von Aldo Patocchi, der einen Gekreuzigten vor dem Karl-Marx-Hof, der Arbeitersiedlung in Wien, zeigte. Tonello verfasste ein Gedicht auf die Märtyrer von Österreich, in welchem er Kanzler Dollfuss und Papst Pius XI. angriff. Dieses Gedicht war der Anlass für die Ausschaffung Tonellos, der am 20. Juni nach Frankreich verfrachtet wurde, wo er in Armut leben musste.

Gegen die faschistische Unterwanderung

Ab 1927 arbeitete auch Randolfo Pacciardi mit, ein republikanischer Anwalt und Gründer der 1923 entstandenen Bewegung «Freies Italien». Mit ihm begann die Tageszeitung einen Krieg

gegen die Unterwanderung des Kantons durch ein Netz faschistischer Spione. Ende Mai 1928 veröffentlichte die «Libera Stampa» eine Artikelserie unter dem Titel «Zur Eroberung des Kantons Tessin», die grosses Echo auslöste. Pacciardi selber wurde Opfer dieses Spionagerings, als ihn einer der Agenten denunzierte. Er erhielt die Aufforderung, das Land bis zum 15. Februar 1933 zu verlassen, da er «das lebendige Zentrum einer unerwünschten politischen Agitation» sei, wie im Bundesratsbeschluss vom 3. Februar 1933 nachzulesen ist. Die «Libera Stampa» bezeichnete darauf Bundesrat Giuseppe Motta, den damaligen Aussenmi-

nister, als Handlanger Mussolinis im Gewand eines Staatsmannes.

Die Abreise Pacciardis wurde von verschiedenen Protestaktionen im Kanton und mit einem Abschiedessen am 12. Februar in Lugano begleitet, an dem auch Persönlichkeiten von ennet dem Gotthard wie Hans Oprecht, SP-Nationalrat und Sekretär des VPOD, teilnahmen. Zwischen 1933 und 1936, als Pacciardi in Spanien als Kommissar im Bataillon Garibaldi kämpfte, kehrte er oft heimlich ins Tessin zurück, um seine Verbindungen zu pflegen.

Die Rolle der SP Schweiz

Die «Libera Stampa» war zu einem Widerstandszentrum im Ausland geworden, aber ihre Aktivitäten überstiegen ihre finanziellen Mittel bei weitem. Deshalb wandten sich Amilcare Gasparini, der Tessiner Vertreter im Vorstand der SP Schweiz, und Piero Pellegrini, ab 1936 Herausgeber der Zeitung, mehrmals an die SP Schweiz, die nach langen Diskussionen Unterstützungsbeiträge sprach. Diese Diskussionen zeigen die beiden hauptsächlichen Divergenzen auf: Einerseits hiess es, die Tessiner würden die mühsam zusammengetragenen Ressourcen der nationalen Partei einfach verschwenden. Dem stand die Idee gegenüber, die neuen Bewegungen der Rechtsexremen seien auf der Basis der Demokratie und von parlamentarischer Diskussion zu schlagen.

Mauro Cerutti erinnert in seiner Arbeit «Zwischen Rom und Bern, die italienische



Zum 125-Jahr-Jubiläum der SP Schweiz erscheint im Oktober die zweisprachige Publikation «Einig – aber nicht einheitlich»/«Une pensée unie – mais pas unique» im Limmat-Verlag. Das Buch kann vorbestellt werden unter www.redboox.ch



den Faschismus



diesem Falle sei es an der Bundesversammlung, Stellung zu beziehen. Die SP-Fraktion habe die Militärausgaben zurückzuweisen. Worauf Gasparini antwortete, wenn Grimm eine solche Haltung auf der Piazza Riforma in Lugano vertreten hätte, wäre er wohl auf der Stelle gelyncht worden.

Gegen die Legalität im Namen der Freiheit

Die Isolation der SP Tessin setzte sich auch in den 30er-Jahren fort. Zig Mal wurde die Legalität im Namen der Freiheit verletzt, auch von staatlicher Seite. Am 22. Mai 1932, anlässlich einer Demonstration der italienischen Kämpfervereinigung in Mendrisio, zu der die SP eine Gegendemonstration organisiert hatte, gerieten die Parteien aneinander. Danach publizierte die «Libera Stampa» einen Aufruf an die Sozialisten, in dem es hiess: «Wenn ein Faschist zu, wartet man nicht die Intervention der Behörden ab. Notwehr ist erlaubt.»

1933 organisierten sich sowohl die Tessiner Faschisten wie auch die Sozialdemokraten. Letztere hatten inzwischen die Geheimorganisation «Liberi e Svizzeri» («Unabhängig und schweizerisch») gegründet, die im Januar 1934 intervenierte, um den «Marsch auf Bellinzona» zu verhindern. Diese Niederlage bewog die Faschisten, die Verhaftung von Canevascini zu verlangen, der damals Staatsrat war und deshalb nicht mit dieser geheimen und militanten Organisation in Verbindung gebracht werden durfte. Nichtsdestotrotz verlangte Canevascini von Léon Nicole, dem Vorsteher des Genfer Polizei- und Justizdepartements im mehrheitlich sozialdemokratisch regierten Kanton, Pistolen für «Liberi e Svizzeri» zu liefern, was dieser im Namen der Legalität abschlug.

Der Krieg hinderte das Journal nicht, täglich gegen die faschistischen Diktaturen anzukämpfen, was die «Libera Stampa» zur Hauptzielscheibe der Zensur machte. Am 11. Juli 1940 lautete die Schlagzeile über die Schlacht zwischen der englischen und der italienischen Marine im Mittelmeer: «Italienische Kriegsschiffe auf der Flucht erwischt». Aufgrund des nachfolgenden Drucks aus Rom musste die «Libera Stampa» ihr Erscheinen während zweier Wochen aussetzen. Dies focht die Redaktion nicht weiter an, sie setzte ihren Kampf unvermindert fort. Der Sturz von Mussolini wurde mit Extra-Ausgaben gefeiert, reich an Informationen und Kommentaren. Es war der Beginn der schönsten Zeiten der Zeitung, die 1992 ihr Erscheinen einstellen musste.

Von Gabriele Rossi, übersetzt von François und Yves Baer
Gabriele Rossi ist Redaktor des Jubiläumsbuch und Leiter des Archiv der Fondazione Pellegrini Canevascini

Titelseite vom 1. Mai 1945 mit der Schlagzeile «Der Sozialismus aufersteht heute, lebendiger und kräftiger denn je, aus den Ruinen einer gewalttätigen Welt, die ihn töten wollte.»

Schweiz und die faschistischen 20er-Jahre» an die erste Diskussion zwischen Gasparini und der Parteileitung der SP Schweiz an der Sitzung vom 25. April 1924 in Zürich: Die faschistischen Schwarzhemden, welche die Volkshäuser und Redaktionen der sozialdemokratischen Presse in Italien zerstört hatten, hatten laut Gasparini Gruppen in Grenznähe stationiert, um Strafaktionen auf Tessiner Gebiet durchzuführen

– wobei sich in einem solchen Fall die Bevölkerung vereint gegen die Aggression wenden würde. Diese Aussagen bewogen Paul Graber zur Frage, wie sich die SP Schweiz bei einer faschistischen militärischen Invasion verhalten würde. Robert Grimm meinte, die SP könne im Kriegsfall nicht den Volksaufstand predigen und müsse die Verantwortung einer Militärintervention im Tessin von sich weisen, denn im

Dein VCS – der Mobilitäts-Club für engagierte Menschen

Jetzt mit Reise-Schutzbrief
gratis für 1 Jahr, Wert Fr. 55.–



Jetzt Mitglied werden und 1 Jahr gratis sorglos Ferien und Events geniessen, zum Preis der halben Mitglieder-Jahresprämie.

Anmeldung unter www.verkehrsclub.ch/sp oder mit der Antwortkarte in der Heftmitte.

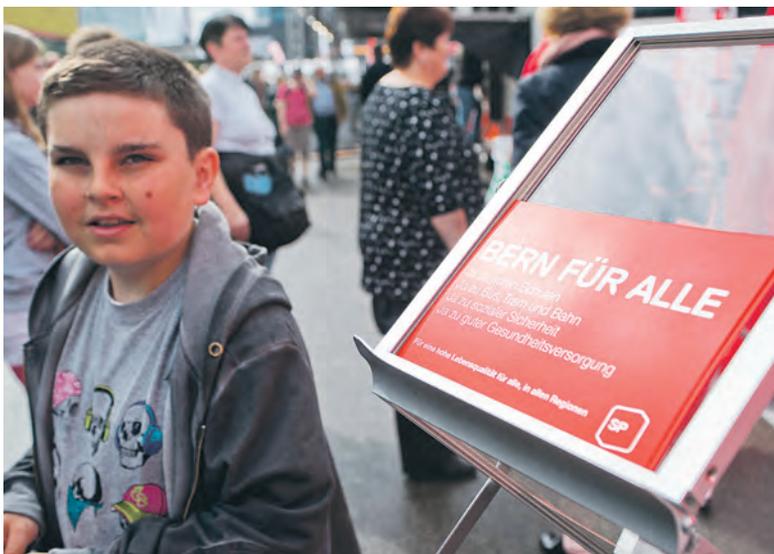
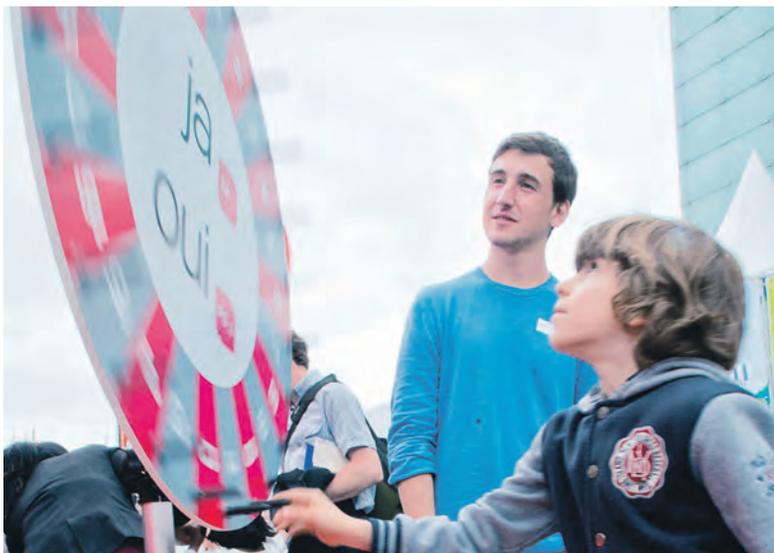


Für Mensch
und Umwelt



SP bi de Lüt

Die SP Kanton Bern hat im Mai bereits zum dritten Mal in Folge an der BEA teilgenommen. Unter dem Motto «Bern für alle» betrieb die Partei einen Stand mit einem Zwirbelrad, Parteimitglieder verteilten Ballone und führten Gespräche mit Standbesuchern. Nachfolgend einige Impressionen vom diesjährigen Auftritt an der bekanntesten Berner Messe.



© fotogra.ch, Kasper Boss

DIVERSITY UND GLEICHSTELLUNG

Gleichstellung betrifft Frau und Mann und die ganze gesellschaftliche Vielfalt

Die erste Veranstaltung zum Thema «Reden wir über Gleichstellung» eröffnete am 11. Juni die Leiterin des Zentrums Gender Studies der Universität Basel Andrea Maihofer mit einem Vortrag über Diversity und Gleichstellung. links.ag befragte Andrea Maihofer zu Schwerpunkten dieser Diskussion.

links.ag: Frau Professor Maihofer, welches ist der Zusammenhang zwischen Diversity* und Gender**?

Andrea Maihofer: Diversity ist ein Konzept, das insbesondere im Personalmanagement und der Organisationsentwicklung in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat. Das hat mit dem demographischen Wandel zu tun, der Pluralisierung von Lebensformen und -stilen, aber auch mit der zunehmenden multikulturellen Personalzusammensetzung. Diversity bedeutet Vielfalt, und es geht zunächst einmal darum, die Verschiedenheit der Menschen in einem positiven nicht-hierarchisierenden Sinne anzuerkennen. Zudem gilt es, wie das auch in der Bundesverfassung formuliert ist, Diskriminierungen vielfältiger Art zu verhindern: aufgrund des Geschlechts, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der Rasse, des Alters, der Lebensform, der sexuellen Orientierung oder einer Behinderung. Dazu müssen bestehende Benachteiligungsstrukturen in den Unternehmen und Verwaltungen erkannt und abgebaut werden.

Zudem muss eine entsprechende Organisations- und Arbeitskultur entwickelt werden, in der alle nicht nur

vor Diskriminierungen durch andere geschützt sind, sondern alle die Möglichkeit haben, ihre Kompetenzen einzubringen und ihr Potential zu verwirklichen.

Auch in der Geschlechterforschung besteht schon längere Zeit die Einsicht, dass hinsichtlich der oben genannten Dimensionen bezogen auf jede Person und deren Situation differenziert werden muss; ebenso bezogen auf gesellschaftliche Strukturen, Organisationen und Institutionen. So gibt es in der Geschlechterforschung inzwischen eine breite theoretische und empirische Erfahrung, Kategorien wie Geschlecht, Klasse, Rasse, Ethnizität, Sexualität oder Alter als Analysekatoren zu



nutzen. Auf diese kann nun zurückgegriffen werden. Denn nur so lassen sich soziale Ungleichheiten in ihrer Vielfalt und in ihrer meist konstitutiven Verwobenheit erfassen und ge-

Viele plädieren inzwischen für eine Kombination von Gender- und Diversity-Management.

nauere Aussagen über Benachteiligungs- oder Bevorzugungsmechanismen in einem konkreten Kontext wie dem Bildungssystem, einem Unternehmen oder im familialen Bereich machen. So zeigt sich, dass derzeit in Schweizer Primarschulen Mädchen aus der Mittelschicht und mit Schweizer Herkunft in der Tendenz die besten Chancen auf schulischen Erfolg haben, während Jungen aus unteren Schichten mit Migrationshintergrund am anderen Ende der Skala häufig die schlechtesten Chancen haben (siehe Mergim Gutaj S. 9 KK).

Ein Problem im Diversity-Konzept ist allerdings, dass die optimale Ausschöpfung und wirtschaftliche Nutzung des Potentials der

Mitarbeitenden oft das alleinige Ziel ist. Zudem findet nicht selten eine ausdrückliche Distanzierung von normativen Begründungen statt, indem betont wird, es gehe nicht um die Herstellung von Gleichstellung und gesellschaftlicher Gerechtigkeit. Demgegenüber wird in der herkömmlichen Gleichstellungspolitik darauf insistiert, dass die Abschaffung von gesellschaftlicher Diskriminierung und Benachteiligung nicht lediglich dann ein Thema sein kann, wenn sie wirtschaftlichen Nutzen bringt. Ihr geht es vielmehr ausdrücklich um gerechte Gesellschafts- und Geschlechterverhältnisse. Ich denke, genau an diesem Punkt liegt das eigentliche Konfliktpotential zwischen Diversity- und herkömmlicher Gleichstellungspolitik. Dies ist allerdings nicht notwendigerweise so. Ursprünglich kommt Diversity aus der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung.

Wie bringen wir die Gleichstellung aller Interessengruppen ohne Benachteiligung des Geschlechterthemas hin?

Diversity Management ergänzt und ersetzt zunehmend Gleichstellungspolitiken von Unternehmen und Verwaltungen. So wird diskutiert, ob es ein umfassenderer Ansatz ist, um die Erfüllung des politischen Gleichstellungsauftrags zu leisten. Die Sorge ist jedoch, dass die Benachteiligung aufgrund des Geschlechts dabei in den Hintergrund gerät. Diese Gefahr besteht in der Tat. Dem gilt es entgegen zu wirken. Umgekehrt besteht jedoch im Rahmen herkömmlicher Gleichstellungspolitik die Gefahr, sich auf Benachteiligungen von Frauen zu konzentrieren. Aus diesem Grund plädieren inzwischen viele für eine Kombination von Gender- und Diversity-Management, wie wir das in unserem Weiterbildungsangebot tun.*** Eine Kombination beider Konzeptionen ist sicherlich derzeit der richtige Schritt.

Die Fragen stellte Katharina Kerr.

Prof. Dr. Andrea Maihofer von Basel ist Professorin für Geschlechterforschung und leitet das Zentrum Gender Studies der Universität Basel.

* Diversity = gesellschaftliche Vielfalt

** Gender = soziales Geschlecht. «Der Begriff Gender bezeichnet als Konzept die soziale oder psychologische Seite des Geschlechts einer Person im Unterschied zu ihrem biologischen Geschlecht (engl. sex).» (Wikipedia)

*** <http://genderstudies.unibas.ch/studium/weiterbildung/>

Wann ist Gleichstellung erreicht?

Gleichstellung von Frau und Mann ist erreicht,

- wenn in den Entscheidungsgremien von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft Frauen und Männer paritätisch vertreten sind,
- wenn gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit bezahlt wird,
- wenn Frauen und Männer ökonomisch voneinander unabhängig sind und die Existenz auch im Alter gesichert ist,
- wenn Frauen und Männern alle Lebensentwürfe offen stehen und keine geschlechtsspezifischen Vorurteile und Nachteile mehr bestehen, wenn eine Frau oder ein Mann eine vielleicht noch ungewohnte Wahl trifft (Kindergärtner, Fussballerin),
- wenn Familie und Beruf nicht nur für Männer vereinbar sind und Kinder keine Armutsfalle sind,
- wenn Gewalt und Vergewaltigung nicht mehr toleriert werden und wenn Frauen sich nicht vor Gewalt und Vergewaltigung in der Partnerschaft fürchten müssen,
- wenn der Schutz der Frauen vor der Gewalt der Männer als Staatsaufgabe durchgesetzt wird und genügend Plätze in Frauenhäusern zur Verfügung gestellt und finanziert werden,
- wenn Frauen nicht mehr darauf angewiesen sind, ihren Körper zu verkaufen (Prostitution).

© Johannes Fliesch



Doris Stump



Simone Brander

Dr. phil. Doris Stump von Wettingen war von 1995 bis 2011 SP-Nationalrätin, Delegierte beim Europarat und der Interparlamentarischen Union und von 1989 bis 2005 Gemeinderätin in Wettingen. Sie ist Verlegerin im eFeF-Verlag und Präsidentin des Aargauischen Spitex-Verbands.

Simone Brander von Zürich ist SP-Gemeinderätin und Mitglied der gemeinderätlichen Polizei- und Verkehrskommission. Die Umweltfachfrau arbeitet beim Bundesamt für Energie in einer Männerdomäne.

Sexuelle Orientierung: Gleichgestellt statt ausgeblendet

Unter sexueller Orientierung wird die Frage verhandelt, mit wem du wie Sex hast. Die einen wären froh, gäbe es nur eine Art der Sexualität: Mann und Frau, monogam und in Missionarsstellung, zeugen ein Kind und sichern so den Erhalt der Menschheit. Wie einseitig! Wir wissen, Sexualität bedeutet viel mehr: Sie ist Ausdruck von Liebe und Zuneigung, Körperlichkeit, Begehren, Gefühlen, Bedürfnissen. Es kann eine Stellung sein. Es kann zwei Frauen, drei Menschen oder vier Handschellen bedeuten.

Was hat das eine politische Partei zu interessieren? Richtig: Nichts. Eigentlich. Doch leider haben einige das Gefühl, als Moralapostel die Menschen erziehen zu müssen. Sie wollen Informationen vorenthalten und verbieten den Sexualunterricht in Schulen. Damit tragen sie eine Mitschuld an der Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten. Damit verhindern sie mündige Kinder, die selbstbewusst ihren Körper kennen und sich selbstbestimmt gegen

Übergriffe verteidigen können. Und fördern Ressentiments aus Unwissen gegen Andersliebende. Sie sind mitschuldig daran, dass unter homosexuellen Jugendlichen die Selbstmordrate fünf Mal so hoch ist wie bei gleichaltrigen Heterosexuellen.

Darum muss uns der Aspekt sexuelle Orientierung interessieren. Menschen werden in ihrer Individualität eingeschränkt, ihre persönliche Freiheit wird beschnitten, Jugendliche werden gemobbt, Schwule gehasst, Lesben ignoriert. Unsere Antwort: Aufklärung an Schulen, Information für die Gesellschaft, Schutz des Individuums mit richtigen Gesetzen.



Florian Vock von Gebenstorf war bis am 15. Juni Präsident der JUSO Aargau. Er studiert Soziologie und Philosophie in Basel und ist Chefredaktor des Milchbüchli – Zeitschrift für die falschsexuelle Jugend, das unter www.mibuli.ch abonniert werden kann.

KOMMENTAR

Was lange währt ...

Bereits 2006 forderte ich in einer Motion, die Schweiz solle die von der UNO verabschiedete Konvention für die Rechte von



Menschen mit Behinderungen ratifizieren. Diese Konvention will garantieren, dass Menschen mit Behinderung weltweit in den Genuss aller Menschenrechte kommen. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit,

müsste man meinen – gerade für die Schweiz, die sich traditionell für die Einhaltung der Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten einsetzt.

Nichts desto trotz wiegelte der Bundesrat lange Zeit ab, nahm die Ratifizierung zwar in die Legislaturziele auf, verschob sie dann aber erneut. Jetzt endlich – nachdem die Konvention bereits von 126 Vertragsstaaten, auch und nicht zuletzt von allen EU-Staaten, ratifiziert wurde – kommt die entsprechende Vorlage ins Parlament.

Obwohl die Konvention nicht zu unmittelbaren Gesetzesanpassungen führt, so ist sie doch ein wichtiges Zeichen zugunsten der Gleichstellung von Menschen mit und ohne Behinderung. Insbesondere wird sie das bestehende schweizerische Behindertenrecht hinsichtlich der Umsetzung präzisieren und so für Verbesserungen sorgen beim Zugang zum öffentlichen Verkehr, zu Gebäuden und Dienstleistungen sowie Ausbildung und Arbeit.

Sieben Jahre nach Einreichung meiner Motion, wird nun also in einem ersten Schritt der Nationalrat im Juni über die Ratifikation der UNO-Behindertenrechtskonvention entscheiden. Wird, was lange währt, jetzt endlich gut?

Davon und von vielen weiteren Ergebnissen der Session berichte ich am «Apéro fédéral – REGIONAL» vom 22. Juni 2013 in Oberkulm (siehe Inserat Seite 12). Der Anlass steht allen Interessierten offen und wird für gehörlose Teilnehmende in Gebärdensprache übersetzt. Herzlich willkommen!

Pascale Bruderer Wyss von Nussbaumen ist SP-Ständerätin.



Mehr Wohnraum FÜR BASEL!

Die Juso Basel-Stadt liefert 10 Ideen und 10 politische Forderungen für mehr günstigen Wohnraum in Basel.

Wohnraum in Basel ist ein immer knapper und teurer werdendes Gut. Davon sind in erster Linie Menschen mit knappem Budget betroffen. Wir beobachten vielerorts den Prozess der Aufwertung, Gentrifizierung, Verdrängung. Doch: Wer baut Wohnungen für wen? Auf wessen Grund und Boden wird gebaut? Wir vermissen eine verstärkte genossenschaftliche und kommunale Wohnungsbauaktivität.

Was will FÜR BASEL? Anhand von zehn Ideen zeigen wir innovative Möglichkeiten für den Bau von neuem Wohnraum für 15 000 Menschen. Da die Landreserven im Kanton nahezu aufgebraucht sind, ist es wichtig auch unkonventionelle Lösungsansätze zwischen Realität und Utopie zu diskutieren.

Mit unserer Ideensammlung wollen wir Fragen zur Wohnraum- und Stadtentwicklung thematisieren. Den Abschluss der Stadt, als Grenze zur unbebauten Landschaft, thematisieren wir mit dem Superblockrand Bäumlihof. Auch das Wohnen am Rhein soll gefördert werden: Für die Idee Wohnen auf der Johanniterbrücke

liessen wir uns von historischen Beispielen bebauter Brücken inspirieren. Lösungsansätze für die räumlichen Schnitte im Stadtkörper durch offene Autobahnabschnitte und Bahngeleise liefern die Überbauung Morgartenring und das Wohnen auf der Osttangente. Grundregeln, wie ein neues, lebendiges Stadtquartier entstehen könnte, zeigen wir anhand der Idee für das Quartier Wolf. Heterogenität, Dichte und Öffentlichkeit sind dabei zentral. Naturgemäss liegen uns Wohnraum für junge Menschen in Ausbildung am Herzen: Die beiden Ideen für ein Studentenwohnheim Voltaplatz und Wohnen für Junge in Ausbildung in der Kaserne tragen dem Rechnung.

Alleine visionäre Ideen zu haben reicht jedoch nicht. Am Ende braucht es den Willen der gesamten Bevölkerung sowie der Politik, um den Herausforderungen der Wohnraumpolitik aktiv begegnen zu können. Wir liefern die These: FÜR BASEL. Lasst die Diskussion beginnen!

Lukas Gruntz

Leitung AG Stadtentwicklung, Verkehr und Kultur der JUSO BS



© JUSO BASEL-STADT

Gender-Leitfaden

Im Mai haben die Delegierten der SP Basel-Stadt den «Genderleitfaden» verabschiedet. Was heisst das nun konkret für die Kantonalpartei und für ihre Mitglieder?

Eigentlich ist es das Ziel, in Zukunft nicht mehr über Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit diskutieren zu müssen, weil beide Geschlechter in allen Bereichen tatsächlich gleich behandelt werden und in allen Gremien paritätisch vertreten sind. Dieses Ziel ist aber bei weitem noch nicht erreicht. Um ihm aber ein gutes Stück näher zu kommen, wurde der Genderleitfaden von der Sachgruppe Gleichstellung erarbeitet. Darin werden Massnahmen zur Umsetzung der parteiinternen Gleichstellung aufgezeigt.

Ein wichtiger Punkt für ein gendersensibleres Auftreten der SP BS ist die Sitzungs-gestaltung:

Bei allen Sitzungen soll wenn möglich das Prinzip «Reissverschluss» für Wortmeldungen angewendet werden. Danach wird von der Sitzungsleitung abwechselungsweise einer Frau und dann einem Mann das Wort gegeben. Für alle, die Veranstaltungen organisieren, gilt es, unbedingt auf eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter bei den Referierenden zu achten. Auch bei der Auswahl der Ansprechpersonen bei Medienmitteilungen sollten Frauen und Männer zu gleichen Teilen vertreten sein.

Alle Gruppierungen, vor allem die Quartiervereine, werden dazu aufgefordert, genderbezogenes Mentoring, aktive Mitglieder-gewinnung und/oder entsprechende Veranstaltungen zu organisieren. Sie werden dabei von der SP BS finanziell unterstützt.

Mindestens einmal im Jahr wird von der SP BS zusätzlich eine genderbezogene Veranstaltung organisiert.

Bei Nominationen für Wahlen soll eine Geschlechterverteilung von 50:50 angestrebt werden; beide Geschlechter müssen zu mindestens 40 % vertreten sein.

Ich möchte deshalb dazu aufrufen, die Herausforderung anzunehmen und vermehrt junge Frauen für die Politik zu gewinnen, damit wir für die nächsten Grossratswahlen mindestens 50 % Frauen auf die Listen setzen können.

Michela Seggiani
Vizepräsidentin SP Basel-Stadt



Immer mehr für die Manager

Seit Ende der 90er-Jahre öffnet sich die Lohnschere. Massgeblich dazu beigetragen haben die Boni. Sie ermöglichten es den Managern, sich stärker am gemeinsam erwirtschafteten Wohlstand zu bedienen.

Die Schweizer Beschäftigten leisten Jahr für Jahr mehr. 2010 erarbeiteten sie pro Arbeitsstunde knapp einen Fünftel mehr Wohlstand als noch 1994 (vgl. Grafik). Trotzdem sind die Löhne der grossen Mehrheit kaum gestiegen. Der mittlere Lohn (Median) ist heute nach Abzug der Teuerung um nur 7 Prozent höher als 1994. Ganz anders sieht es bei den Managern, Kadern und einigen wenigen weiteren Spitzenverdienern aus. Sie legten kräftig zu. So ist der Lohn des bestbezahlten Prozents aller Arbeitnehmenden seit 1994 um mindestens ein Drittel angestiegen. Bei den Chefs der grossen Schweizer Unternehmen explodierten die Gehälter förmlich. Noch in den 90ern verdienten sie rund 11 bis 13 Mal mehr als Arbeitnehmende im Durchschnitt. Im Jahr 2011 lag der Höchstlohn in den grossen Börsenkonzernen (SMI und SMIM) bei durchschnittlich 4,77 Millionen Franken – normale Arbeitnehmende müssten dafür 66 Jahre arbeiten.

Selbstbedienung in den Chefetagen

Diese Explosion der Gehälter war nur möglich, weil sich den Managern an den Konzernspitzen niemand entgegenstellt. Sie sind in der

Lage, ihre Gehälter weitgehend selbst festzulegen. Die Verwaltungsräte erachten die exorbitanten Summen oft als standesgemäss oder stören sich nicht weiter daran, weil sie ihnen persönlich finanziell nicht schaden. Häufig ni-

1:12

cken sie die Salär-Wünsche der Manager auch ab, weil sie mit ihnen persönlich verhandelt sind oder ihnen Gefälligkeiten schulden.

Zur eigentlichen Explosion kam es aber erst, als die Manager begannen, ihre Macht auch in höhere Löhne umzumünzen. Das geschah Ende der 90er-Jahre. Neu orientierten

sich die Manager an ihren US-amerikanischen Kollegen. Dort schauten sie sich nicht nur die enormen Beträge, sondern vor allem auch die Boni ab. Denn erst dank diesen konnten sich die Manager direkt an den Profiten der Unternehmen beteiligen und sich bis dahin unvorstellbare Saläre ausschütten.

Boni als Treiber der Ungleichheit

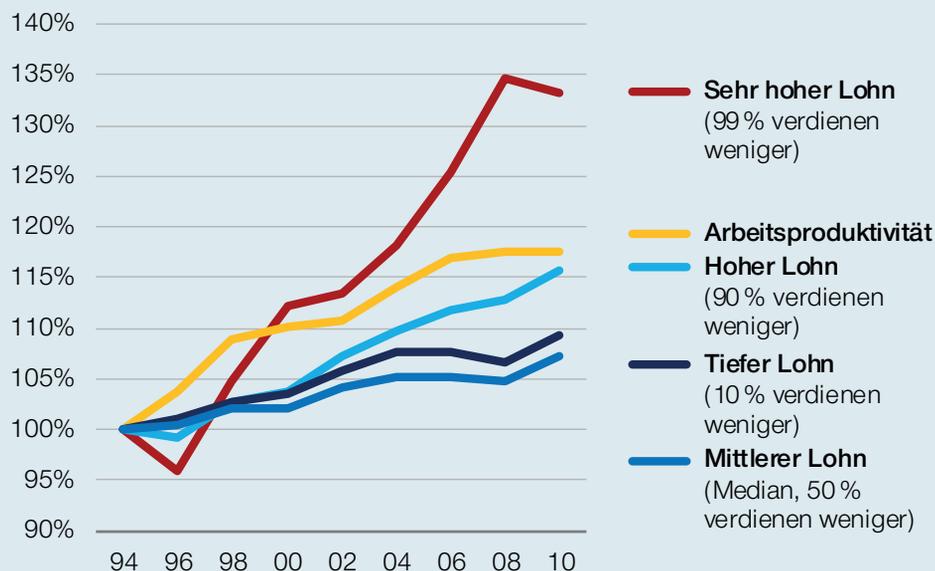
In den Genuss des Boni-Reigens kamen auch die meisten übrigen Kader. Sie erhalten heute rund 15 Prozent ihres (höheren) Lohnes als Bonuszahlung. Im Jahr 2000 waren es noch drei Mal weniger. Diese Zunahme ist massgeblich für die wachsende Lohnschere verantwortlich. Denn mit den variablen Vergütungen werden die Kader für den Erfolg ganzer Abteilungen und Unternehmen belohnt. Das gaukelt vor, dass erfolgreiches Wirtschaften einzig auf der Arbeit des Chefs beruht. Eine absurde Vorstellung. Kein Manager würde alleine auch nur einen Franken Umsatz erzielen. Letztlich ermöglichen die Boni den Managern so, sich noch stärker am gemeinsam Erarbeiteten zu bedienen – auf Kosten aller anderen, für die weniger bleibt.

Gegensteuer geben mit 1:12

Trotz dieser unerfreulichen Entwicklungen gibt es auch Lichtblicke. Beispielsweise die gewerkschaftliche Kampagne «Keine Löhne unter 3000 Franken». Dank ihr konnten die tiefen Löhne (unterste 10 Prozent) um die Jahrtausendwende merklich erhöht werden. Den Gewerkschaften gelang es auch, den Abwärtstrend bei ihren Mitgliederbeständen abzufedern. Das hat die Verhandlungsposition der grossen Mehrheit gefestigt und die Lohn erhöhungen bei den tiefen und mittleren Löhnen begünstigt.

Für eine gerechtere Verteilung der Löhne muss die Mehrheit den Kadern und Unternehmen aber stärker Paroli bieten. Dazu braucht es besser organisierte Gewerkschaften und mehr Gesamtarbeitsverträge. Genauso nötig sind demokratische Regeln, die verhindern, dass sich einige wenige auf Kosten anderer bereichern. Das tut die 1:12-Initiative, indem sie dafür sorgt, dass die Manager nicht mehr länger selbst über ihre Gehälter entscheiden. Das macht schliesslich auch ein Mindestlohn, indem er dem Geschäftsmodell Tieflohn-Abzocke ein Ende bereitet.

DIE TOPVERDIENENDEN HÄNGEN ALLE ANDEREN AB



Preisbereinigtes Wachstum der Löhne nach Lohnklassen seit 1994. 1994 entspricht 100%. Lesebeispiel: Die sehr hohen Löhne sind seit 1994 von 100 auf 133 Prozent gestiegen, also um 33 Prozent.

Quelle: Lohnstrukturerhebung des Bundesamts für Statistik



David Gallusser ist SP-Mitglied in Zürich, hat die 1:12-Initiative mit lanciert und arbeitet beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund als wissenschaftlicher Mitarbeiter

Für ein demokratiegerechtes

Der so genannte freie Markt ist immer weniger in der Lage, die Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit demokratiegerechtem Journalismus zu garantieren. Die SP schlägt deshalb einen Wechsel von der indirekten Presseförderung zu einer direkten, alle Gattungen umfassenden Medien- und Journalismusförderung vor.

Die schweizerische Medienlandschaft hat sich in den letzten Jahren respektive Jahrzehnten stark gewandelt. Beurteilt man diesen Wandel anhand seiner Demokratieverträglichkeit, muss man zu einem negativen Schluss kommen. Die zentralen Gründe dafür sind einerseits die Digitalisierung, andererseits aber auch Managementstrategien, die sich vorrangig am Ziel der Profitmaximierung orientieren und nicht zuletzt den konkreten Umgang mit der Digitalisierung prägen.

Die fortschreitenden Kommerzialisierungs- und Monopolisierungsprozesse im Medienbereich ziehen auf unterschiedlichen Ebenen negative Folgen nach sich: mehr vom Gleichen, mehr Human Interest, weniger Qualität, weniger seriöse Recherche, weniger Anbieter- und Meinungsvielfalt. Hinzu kommen eine massive Verschlechterung der journalistischen Produktionsbedingungen und der Abbau von Hunderten von journalistischen Arbeitsplätzen bei einem gleichzeitigen Ausbau der Leistungsfähigkeit der PR-Abteilungen von Unternehmen, Regierungen und Behördenstellen.

Zwei Jahre nach dem Entscheid des Bundesrates, der Medienbranche respektive dem Markt nochmals mindestens vier Jahr Zeit zu

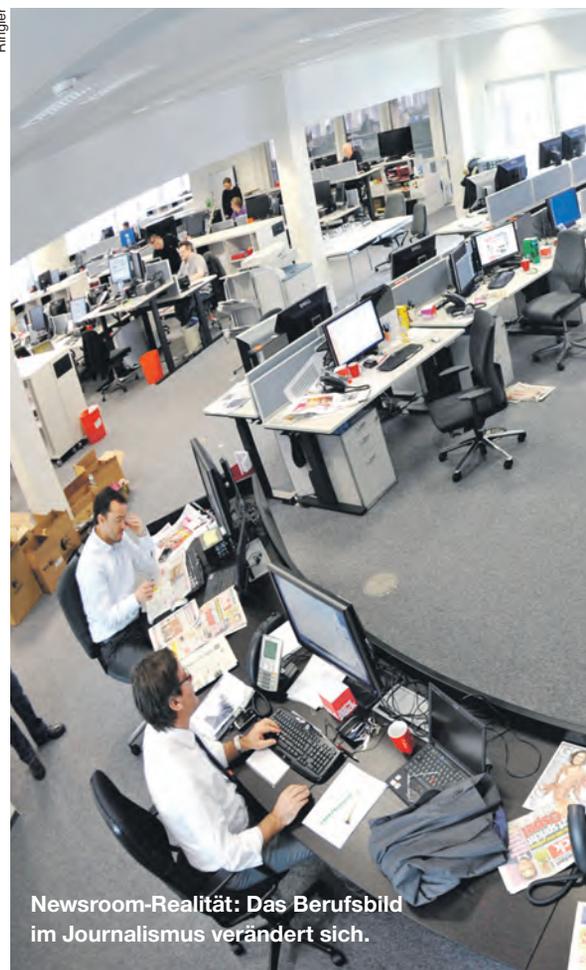
geben, selber Antworten auf die neuen Herausforderungen zu finden, zeichnen sich weit und breit keine marktwirtschaftlichen und demokratiegerechten Antworten auf die «Medienkrise» ab. Es wird im Gegenteil immer deutlicher, dass sich mit dem Internet und neuen Playern wie Google oder Facebook die Situation dauerhaft zu Ungunsten der traditionellen journalistischen Medien verschlechtert hat.

Direkte Förderung

Die SP Schweiz schlägt in einem aktuellen Positionspapier deshalb einen Systemwechsel von der indirekten Presse- zu einer direkten Medien- und Journalismusförderung vor, wobei sich die SP, solange der Systemwechsel noch nicht stattgefunden hat, weiterhin für den Erhalt der indirekten Presseförderung einsetzt. Eine moderne Medienförderung ist eine integrierte Förderung, die Journalismus gattungsübergreifend, also nicht nur im Rundfunk, sondern auch im Presse- und Onlinebereich, effektiv unterstützen kann. Dies bedarf einer Verfassungsänderung.

Eines unserer vorrangigen Ziele ist, neben der Unterstützung bestehender auch die Gründung und den nachhaltigen Betrieb neuer jour-

Ringier



Newsroom-Realität: Das Berufsbild im Journalismus verändert sich.

Finanziert durch die Branche selbst

Die direkte Medienförderung braucht Geld. Wir schätzen den Bedarf auf 100 bis 200 Millionen Franken pro Jahr. Dabei möchten wir Finanzquellen in der Branche selbst anzapfen; Steuern wären nur subsidiär beizuziehen.

Die heutige Medienförderung kostet knapp 100 Millionen Franken: 50 Steuer-Millionen gehen in die indirekte Presseförderung, etwa gleich viel via Gebührensplitting in die mit Leistungsaufträgen versehenen privaten Radio- und TV-Stationen. Der Status quo definiert das von uns vorgesehene Minimum. Es dürfte aber nicht genügen, um die erforderliche Wirkung zu erzielen. Da wir zur Finanzierung eine Branchenlösung bevorzugen und damit Staatsferne anstreben, sehen wir drei verschiedene Geldquellen – zwei neue und eine bisherige:

■ Eine Abgabe auf den von den Massenmedien (Presse, TV, Ra-

dio, Online) erzielten Werbeeinnahmen (*Werbeabgabe*). Diese belaufen sich derzeit auf etwa 2,5 Milliarden Franken pro Jahr. Ein Zuschlag um 1 Prozent würde 25 Millionen Franken in die Förderkasse spülen, einer um 2 Prozent 50 Millionen. Wir tendieren zu 2 Prozent. Der Einbezug aller vier Gattungen neutralisiert allfällige Wanderungen von Werbevolumina und ist wettbewerbsneutral. Den Medienunternehmen stünde es frei, den Werbezuschlag an die Auftraggeber weiterzureichen.

■ Das bestehende *Gebührensplitting* im Bereich Radio und Fernsehen, das ebenfalls etwa 50 Millionen Franken beisteuern würde.

■ Eine Abgabe auf dem Datenverkehr von Webdiensten, die journalistische Leistungen Dritter kommerziell verwerten (*Datenverkehrsabgabe*). Firmen wie Google oder Facebook profitieren von den journalistischen Leistungen anderer. Zur Kasse gebeten würden hochprofitable Konzerne. Die Datenverkehrsabgabe sollte etwa gleich viel beisteuern wie die beiden anderen Quellen, also auch 50 Millionen Franken.

Diese 150 Millionen Franken stünden dem Fördergremium jährlich für die verschiedenen Formen der direkten Medien- und Journalismusförderung zur Verfügung. Was die Mitgliedschafts-

presse betrifft, so setzen wir uns für eine Weiterführung der Förderung über eine Verbilligung der Posttarife ein. Es ist in diesem Bereich wahrscheinlich die beste Methode und wir sehen keine sinnvolle Variante der direkten Förderung. Wir belassen die Fördermittel dafür auf dem gegenwärtigen Stand von 20 Millionen Franken pro Jahr. Finanziert würde die Verbilligung der Posttarife ebenfalls von der Förderkasse; wir können uns aber auch vorstellen, dass es hier bei der Finanzierung durch Steuergelder bleibt.



Hans-Jürg Fehr
ist Nationalrat
aus Schaffhausen

Mediensystem



nalistischer Medien gerade im Onlinebereich zu ermöglichen und eine neue Vielfalt zu schaffen. Unser Instrument ist eine an Leistungsaufträge gebundene Produktionsförderung von maximal 50 Prozent der Gesamtkosten. Um öffentliche Gelder bewerben kann sich, wer auf Profitmaximierungsstrategien verzichtet und weitere strukturelle Vorgaben wie redaktionelle Autonomie, Mitbestimmung, über einen GAV abgesicherte Arbeitsbedingungen und Transparenz erfüllt. Die Rahmenbedingungen journalistischer Produktion sollen so gestaltet werden, dass ein gehaltvoller und demokratiegerechter Journalismus zur Regel wird.

Wer unterstützt wird, soll nicht ein Bundesamt entscheiden, sondern ein zivilgesellschaftliches, von der Verwaltung weitgehend unabhängiges und mit den nötigen Ressourcen ausgestattetes Gremium. Der SP-Vorschlag bedeutet, professionellen und unabhängigen Journalismus jenseits kommerzieller Imperative und staatlicher Kontrolle zu fördern.

Interessierte können das Positionspapier bei pascal.zwicky@spschweiz.ch bestellen

Pascal Zwicky ist
Projektleiter Themenmanagement
bei der SP Schweiz



Journalismus im digitalen Zeitalter

Braucht es in zehn Jahren noch Journalistinnen und Journalisten? Oder werden sie überflüssig, da wir dank der neuen Technologien jederzeit Zugriff auf alle Informationen haben? Wir sind überzeugt, dass es gerade wegen der neuen Technologien auch künftig qualitativ hochstehenden Journalismus braucht, auch wenn sich das Berufsbild verändert.

Gerade die potenziell unendlich vorhandene Fülle an Informationen und der quasi unbeschränkte Zugang zu ihnen können dazu führen, dass es immer schwieriger wird, Informationen in einen historischen, sozialen oder gesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen oder Kontextwissen herzustellen. Damit ist es auch schwierig, zu unterscheiden, welche Information auf Fakten beruht und welche von Interessengruppen gesteuert wird. Qualitativ hochstehender Journalismus ist deshalb gerade im digitalen Zeitalter wichtig für eine Demokratie. Er leistet einen unverzichtbaren

Beitrag zur Vermittlung eines gesellschaftlich geteilten Werte- und Wissensrahmens. Der Fokus bei der Aus- und Weiterbildung von Journalistinnen und Journalisten sollte deshalb auch auf die Stärkung demokratiegerechter Öffentlichkeiten gelegt werden.

Die Nutzerinnen und Nutzer wiederum müssen wissen, woher Informationen stammen, wie sie zustande kommen, welche Interessen hinter Medienkonzernen stehen und wer über Finanzmacht verfügt. Nur so können sie Informationen bewerten und so nutzen, dass sie in ihrem Leben als Staatsbürgerinnen und nicht

primär als Konsumenten gestärkt werden.

Neue Medien besser nutzen

Die Bedeutung der neuen Medien für unsere Gesellschaft und Volkswirtschaft kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Deren Potenzial für die Teilhabe an demokratiegerechten Medienöffentlichkeiten wird aber noch nicht ausreichend genutzt. Deshalb braucht es eine gesellschaftliche Debatte und eine politische Gestaltung des Prozesses. Dabei stehen als übergeordnete Ziele im Zentrum: Förderung von Chancengleichheit und Emanzipation,

Teilhabe aller an der Gesellschaft sowie Stärkung der demokratischen Mitsprache. Gerade die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien können einen Beitrag dazu leisten. Mit ihnen werden Informationen zugänglich, Revolutionen gemacht und Leben gerettet. Es gibt aber auch negative Seiten wie Hackerangriffe oder Verletzung der Privatsphäre. Die Fähigkeit, kompetent und eigenverantwortlich mit Medien und qualitativ hochstehenden journalistischen Produkten umzugehen, ist dabei der wirkungsvollste Schutz.



Chantal Gahlinger ist
politische Sekretärin für die
Kommissionen UREK, KVF
und WBK

KNALLROT

Yvonne Feri
ist Nationalrätin AG und
Präsidentin der SP Frauen Schweiz

**Knallrot?**

Immer wenn ich mit dem Schreiben dieser Rubrik beginne, stelle ich mir die Frage nach dem Sinn des Titels «Knallrot». Die Spalte ist weder rot noch knallt sie aus dem «links» heraus. Die Farbe unserer Partei ist rot, die der Tomaten auch; die der SP Frauen tendenziell lila. Was soll also rot sein und erst noch knallen? Sollen wir uns alle die Haare rot färben? Müssen wir politisch knalliger auftreten? Sollen unsere Kleider optisch rot knallen? Die SP-Frauen wollen gehört werden – knallig gehört werden. Und gesehen wollen sie auch werden.

Können wir das mit dieser Rubrik erreichen, indem wir sie «Knallrot» nennen?

Wir treten regelmässig kompetent auf, dürfen dies aber auch sicher noch knalliger und rötlicher tun.

Braucht es rote Teppiche in den Chefetagen? Oder laut knallende Lohnausweise für mehr Gerechtigkeit?

Die Frauenkonferenz hat an ihrer letzten Versammlung ihr Programm für das laufende Jahr verabschiedet:

Die SP Frauen führen eine Kampagne zur ...

Die SP Frauen treten pointiert auf im ...

Die SP Frauen erhöhen die ...

Die SP Frauen verstärken ihre ...

(alles nachzulesen unter www.sp-frauen.ch oder bei mir zu erfragen unter yvonne.feri@parl.ch)

Um diese Punkte zu erreichen, brauchen wir vor allem eines: Die 13000 SP-Frauen müssen knallig rot ihren Platz bekommen – in der Partei, in der Fraktion, in der Basis und in der Öffentlichkeit.

Habt ihr Ideen für weitere knallrote Auftritte? Vom T-Shirt-Design bis zur Eventplanung: Ich nehme eure Ideen gerne auf.

Mit knallrotlustvollmotivierten Grüßen



Die SP Schweiz hat viele verschiedene Gesichter und Facetten; was verbindet, ist die gemeinsame Handlungsmaxime der Solidarität.

Wir wollen feiern!

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat allen Grund zu feiern. Die 125 Jahre seit ihrer Gründung waren turbulent, mit etlichen Hochs, aber auch Tiefs. Was bleibt, ist das Gute, das Erreichte – der Beitrag für eine bessere Schweiz.

Die zahlreichen Meilensteine auf dem Weg zu einer Schweiz für alle statt für wenige wollen wir am 7. September gemeinsam in Bern feiern, auch wenn oder gerade weil es manchmal Stolpersteine waren, die überwunden werden mussten. Das Frauenstimmrecht etwa war ein regelrechter Kampf, der 1971 endlich gewonnen schien. Für die praktische Umsetzung der Gleichstellung setzt sich die SP noch heute ein. Die AHV wie auch die Kinderzulagen gehören zu den grössten Errungenschaften der SP: Das generationenübergreifende, gelebte Solidaritätsprinzip ist nach wie vor das Herzstück der sozialdemokratischen Politik.

Das Jubiläumstreffen rückt näher und die Vorbereitungen laufen auf verschiedenen Ebenen auf Hochtouren. Das Festprogramm nimmt Formen an. Viel verraten wir hierzu noch nicht – die Spannung wird erst Ende Juni auf der Jubiläums-Website (www.125jahresp.ch) aufgelöst. Nur so viel: Ueli Schmezer, Berner Liedermacher für Jung und Alt, wird im Rahmen des Kinderprogramms auftreten. Simon Chen und Amina Abdulkadir konnten für wortgewaltige Sprachspiele (Spoken Word) gewonnen werden. Für die Moderation des Podiums zu den SP-Organen stellt sich mit dem ehemaligen Bundesratsprecher Oswald Sigg eine sehr erfahrene Persönlichkeit zur Verfügung. Die Kunstauktion wird vom versierten Team Géraldine Savary und Alexander Tschäppät geleitet. Ausserordentlich erfreulich ist die

Zahl der Teilnehmenden: Über 1000 Personen haben sich bisher angemeldet. Es sollen jedoch noch mehr werden, deshalb hier nochmals ein Aufruf:

■ Kommt zahlreich! Wir freuen uns sehr über euer Mitfeiern und sind dankbar für eine Anmeldung auf unserer Website bis Ende Juni. Bis dann kann auch noch das Festpaket mit Festbündel, Programm, Quartett und Essensbon bestellt werden. Für alle Kurzentschlossenen: Selbstverständlich kann man auch ohne Anmeldung ans Fest kommen.

■ Macht Werbung! Via Facebook-Verlinkung, über Twitter oder mit unseren Postkarten, die ebenfalls über die Jubiläums-Website bestellt werden können.

■ Kennt ihr eine Künstlerin, einen Künstler, die/der an unserer Kunstauktion teilnehmen möchte? Dann leitet ihr bzw. ihm unseren Aufruf zur Kunstauktion weiter.

■ Backt einen Kuchen für das Kuchenbuffet und meldet dies eurer Sektion oder an 125jahre@spschweiz.ch. Denn: Kein Geburtstagsfest ohne Geburtstagskuchen. Merci!

JUBILÄUMS-SHIRT

Das eigens für das Jubiläum entworfene T-Shirt mit dem aufgedruckten Gründungsjahr eignet sich perfekt, um Farbe zu bekennen. Es ist aus weicher Bio-Baumwolle, im Frauen- oder Männerschnitt erhältlich und kostet 27 Franken (inkl. Porto und Versand).



125jahresp.ch/jubi-shirt



Hans-Jürg Fehr tritt zurück

Am Ende der Juni-Session tritt Hans-Jürg Fehr aus dem Nationalrat zurück und beendet damit seine politische Karriere. Fehr war seit 1999 Nationalrat, von 2004 bis 2008 war er Präsident der SP Schweiz. In den Nationalrat nachrücken wird Martina Munz. Sie ist Schaffhauser Kantonsrätin und Präsidentin der Kantonalpartei.

Neuer Medienverantwortlicher

Die SP Schweiz hat einen neuen Medienverantwortlichen: Michael Sorg. Der 32-Jährige hat in Bern Geschichte und Politikwissenschaften studiert und war während seines Studiums persönlicher Mitarbeiter von Hans-Jürg Fehr. Nach seinem Abschluss war er für die Firma Comparis tätig, wo er seit 2010 die Marketingabteilung leitete. Michael Sorg tritt die Nachfolge des bisherigen SP-Medienverantwortlichen Andreas Käsermann an.

Jetzt sind wir tausend!

Seit acht Monaten treffen laufend Anmeldungen für SP60+ ein. Das tausendste Mitglied ist Agnes Weber (links). Co-Präsidentin Marianne de Mestral überreichte ihr im HB Zürich einen Blumenstrauß – die eine unterwegs nach Basel, die andere nach Bern.



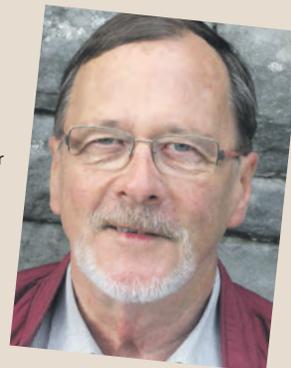
Sabine Bobst

Agnes Weber sagt, was ihr an SP60+ wichtig ist: «Wir Babyboomer sind zahlreich und in der Regel fit und freuen uns darauf, noch fast einen Drittel des Lebens vor uns zu haben. Wir machen gerne mit. Ich teile viele Anliegen der SP. Gerne setze ich zusätzliche Schwerpunkte: Stopp der Diskriminierung von Alten, insbesondere Frauen, in der SP. Mehr Alte, insbesondere Frauen, in Parlamente und Exekutiven! Ich freue mich auf interessante Gespräche mit spannenden GesprächspartnerInnen bei SP60+.»

Agnes Weber, Jahrgang 1951, ist alt Nationalrätin und Erziehungswissenschaftlerin

GENOSSEN

Martin Meyer ist ehemaliger Präsident der Gewerkschaft VHTL und langjähriges Mitglied der SP-Sektion Bümpliz-Bethlehem



«Der Dschungel» von Upton Sinclair

Der Zürcher Europa Verlag, gegründet vom legendären Sozialdemokraten Emil Oprecht, hat zu seinem achtzigsten Geburtstag mit dem «Dschungel» von Upton Sinclair einen der erfolgreichsten Romane des zwanzigsten Jahrhunderts neu aufgelegt.

«The Jungle», so der Originaltitel, ist eine Reise durch die Hölle. Der litauische Einwanderer Jurgis Rudkus kommt mit seiner Braut Ona samt seiner bäuerlichen Familie um 1900 nach Chicago. Alle finden Arbeit in den Schlachthäusern. Die hygienischen Bedingungen und Sicherheitsstandards sind jedoch so schlecht, die Anforderungen so hoch und die Bezahlung so erbärmlich, dass die gutwilligen Immigranten keine Chance haben. Jurgis Vater stirbt. Er selbst verliert durch einen Unfall seine Arbeit. Später findet auch seine Frau unter tragischen Umständen den Tod und plötzlich ist auch noch das Haus weg. Jurgis ist gezwungen, auf illegalem Wege Geld zu verdienen. Nachdem er auch noch zum Streikbrecher geworden ist, reift die Erkenntnis, fortan systematisch für Reformen einzutreten und für die Sache des Sozialismus zu kämpfen. Der Roman veranlasste den amerikanischen Präsidenten, eine Untersuchungskommission einzusetzen, der Kongress sah sich genötigt, ein neues Lebensmittelgesetz vorzulegen.

Jack London, damals auf dem Zenit seiner literarischen Karriere, rief beim Erscheinen des Romans begeistert aus: «Hunderttausende und sogar Millionen werden Sinclair lesen!». Er sollte recht behalten: Bertolt Brecht bezeichnete später sein Lehrstück «Die heilige Johanna der Schlachthöfe» als eine Hommage an Upton Sinclair.

Upton Sinclair, geboren 1878 in Baltimore und gestorben 1968 in Bound Brook, veröffentlichte eine Reihe weltberühmter Romane, Sachbücher, Theaterstücke und Essays. Er gehörte zu den einflussreichsten amerikanischen Belletristen, die der geballten Macht des herrschenden Kapitalismus in den USA literarisch entgegentraten, und galt als einer der Wegbereiter des Enthüllungsjournalismus und als engagierter Vertreter sozialkritischer Literatur.

Auf dem Buchdeckel ist zu lesen: «Der Dschungel gehört zu den wichtigsten Romanen der Literatur des 20. Jahrhunderts. Millionenfach verkauft und verfilmt. Zeitlos zu lesen.» Das trifft in der Tat zu – ich empfehle das Buch zum Lesen.



Upton Sinclair
DER DSCHUNDEL
ca. 400 Seiten Hardcover
mit Schutzumschlag
ISBN 978-3-905811-70-4
Europa Verlag
erschienen im März 2013

Möchtest du den LeserInnen etwas vorstellen – ein Buch, einen Film, eine Wanderung –, das du GENOSSEN hast? Schreibe ein Mail an

andrea.bauer@spschweiz.ch

ROTSTICH

Von vorne und von hinten

Es gebe heute «keinen Drill und kein Vollstopfen von Vorne [sic!] mehr», stellt Toni Brunner am SVP-Parteitag wehmütig fest. «Die Kinder sollen kreativ arbeiten und gestalten, ihren Bedürfnissen entsprechend», zieht er – einmal mehr – gegen die Volksschule vom Leder und die anwesenden Bildungsfernen in seinen Bann. «Die Folgen solcher Ideale werden langsam aber sicher spürbar», legt Brunner nach. «Bei einfachsten Kopfrechnungen oder beim Verstehen eines gelesenen Textes stehen heute schon viele an.» In diesem Moment schwenkt mein geistiges Auge mental zu Erich J. Hess, der mich – quasi als fleischgewordener Beweis dieser bildungspolitischen Misere – treuherzig anguckt.

Aber vielleicht – Heimatland! – hat der lebensfrohe Meisterlandwirt aus Ebnat-Kappel ja recht. «Kriminelle Ausländer endlich ausschaffen – Ja zur Volkswahl des Bundesrates», stand kürzlich in grossen Lettern im SVP-Extrablatt geschrieben. «Hä, wie passt denn das zusammen?», fragte ich mich damals. Jetzt weiss ich: Es lag an mir! Sinn und Inhalt dieses an sich ganz einfachen Satzes konnten sich mir gar nicht erschliessen, weil ich in der Schule nur Hüpfen, Klatschen und Ausdruckstanz hatte. Und weil mich mein verweichlichter Lehrer nie ordentlich verdroschen hat.

Traurig stelle ich fest, dass ich aus pädagogischer Sicht zu einer verlorenen Generation gehöre. Für die Abstimmungen vom 22. September wünsche ich mir deshalb von der SP Insetate und Plakate mit Slogans à la «Gerechte Löhne und sichere Renten für alle – Ja zum Epidemiengesetz!». Was die SVP mit ihrem Positionspapier «Berufswelt und Volksschule» machen soll, will ich aus Höflichkeit nicht näher erläutern. Aber «Vollstopfen» kann man nicht nur von vorne, im Fall. *Cüpli-Sozi*



EIN TAG IM LEBEN VON ...

ANDREAS KÄSERMANN, 43.

NOCH BIS ZUM 30. JUNI 2013

MEDIENSPRECHER DER SP SCHWEIZ

Der Wecker klingelt um 6 Uhr 10. Dann ist erst einmal joggen, Ovo und ein kurzes Frühstück angesagt. Dazu höre ich die Radionachrichten, lese Zeitung, werfe einen Blick auf die Online-Portale und die Mails. Die Faszination für die Medien, das Weltgeschehen, das war schon immer Teil meines Lebens. Kurz nach 8 Uhr bin ich im Büro. Ich studiere den Medienspiegel und überlege mir, wo es zu reagieren oder auch mal korrigierend einzugreifen gilt. Um 9 Uhr findet die tägliche Sitzung mit den Abteilungsleitern und den Generalsekretärinnen statt, die ich vorbereite. Wir besprechen, welche Themen an diesem Tag öffentlich kommuniziert werden oder welche Projekte vorbereitet werden sollen. Steht ein dringendes Thema auf der Tagesordnung, verfasse ich gleich darauf eine Medienmitteilung. Vom Schreibbeginn bis zur Verbreitung dauert die Erstellung eines Communiqués im besten Fall etwa anderthalb Stunden. Vor dem Versand wird die Mitteilung von verschiedenen Personen durchgelesen – einerseits, um allfällige Fehler zu korrigieren, andererseits, um die Aussagen der eigenen Leute aufeinander abzustimmen. Wer die Journalisten erreichen will, muss denken lernen wie sie. Als ehemaliger Bundeshaus-Korrespondent habe ich da einen gewissen Vorteil. Im Laufe des Tages bin ich vor allem ein Dienstleistungsbetrieb für Journalistinnen und Journalisten, die Auskunft wünschen, oder auch für partiinterne Personen. Die früheste Medienanfrage, die ich je erhalten habe, war um 6 Uhr morgens. Die späteste um 23 Uhr 30. Als Mediensprecher ist eine gute Erreichbarkeit wichtig. Ich muss darauf gefasst sein, eine unerwartete Nachricht zu erhalten, die das Geplante über den Haufen wirft. Schnelles Denken und Handeln ist da unverzichtbar – genau das macht mir aber Spass. Steht keine Medienmitteilung oder Anfrage an, bereite ich vielleicht eine Medienkonferenz vor. Oder ich habe Zeit, Themen zu durchforsten und

Anstösse für neue Kampagnen, Stellungnahmen oder Medienkonferenzen zu suchen. Mein Tätigkeitsfeld ist recht vielseitig. Ich habe auch schon Briefe für meine Chefs verfasst. Ich war KV-Absolvent und weiss noch gut, wie das geht.

Ich selber stehe selten vor den Medien – ich halte es für sinnvoller, wenn unsere Parteileute in den Medien erscheinen. Sie sind es schliesslich, die gewählt werden sollen.

Die Arbeit ist oft sehr präsent. Sehe ich ein Plakat oder eine Botschaft, frage ich mich unmittelbar, ob ich den Sachverhalt auch so kommuniziert hätte. Ich befinde mich häufig im Trainings-Modus. Die Verantwortung, die der Beruf mit sich bringt, kann ich aber zum Glück mit anderen teilen. Es gibt keinen Satz, der mein Büro verlässt, ohne vorher abgesprochen zu sein. Alles wird diskutiert. Mein Arbeitsumfeld besteht aus Mitstreiterinnen und Mitstreitern, die dieselben Ziele vor Augen haben wie ich.

Besonders gut an meiner Arbeit gefällt mir die Abwechslung. Ich weiss am Vorabend selten genau, welche Themen am nächsten Tag anstehen. Ebenfalls fasziniert bin ich vom engen Kontakt zu kompetenten Politikerinnen und Politikern und Fachpersonen, von denen man enorm viel lernen kann. Hinzu kommen Hunderte von Begegnungen aller Art, die mich und meine Arbeit nachhaltig geprägt haben – und von denen ich weiss, dass ich sie sehr vermissen werde.

Abends schaue ich mir die Tagesschau an und höre meistens das «Echo». Mein Tag endet ganz unterschiedlich. Manchmal mit einem Glas Wein auf dem Balkon, manchmal ganz profan mit einer DVD im Bett. Ab und zu, ganz selten, gehe ich vor Mitternacht ins Bett.

Meine Zukunft? Keine Ahnung. Nur so viel steht fest: Ich werde Italienisch lernen. Was danach kommt, weiss ich noch nicht. Aber es bleibt sicher spannend.

Aufgezeichnet von Peywand Kassraian

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Wie macht man Wirtschaftsprognosen? D2.1.1306

28.8.; Bildungszentrum Trigon, Zürich

Methoden der Wirtschafts- und Konjunkturprognosen, selbständige kritische Überprüfung, einfache Prognosemodelle für den Eigengebrauch.

Referent: Daniel Lampart (SGB)

Gute Arbeit – Zukunft der Arbeitswelt? D2.1.1310

28.–29.8.; Hotel Freienhof, Thun «Gute Arbeit», Trends in der Arbeitswelt, innovative Arbeitskonzepte
Referent: Peter Lüthi (Team- und Organisationsberater)

Rassismus hat viele Gesichter – wie gehen wir damit um? D2.1.1309

2.–3.9.; Seminarhotel Sempachersee, Nottwil
Hintergründe und Ursachen von Rassismus, Diskriminierung am Arbeitsplatz, persönliche Handlungsmöglichkeiten und gewerkschaftliche Massnahmen. ReferentInnen: Marilia Mendes (Unia), Alex Sutter (Humanrights.ch)

S.O.S. Stammtisch – Schlagfertigkeit und Argumentation D2.4.1310

9.9.; Hotel Novotel, Bern

IMPRESSUM

Herausgeber

SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34, 3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage 43310 (Wemf)

Abonnementspreise

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis
Adressänderungen/Abos:
abo@spschweiz.ch

Redaktion

Andrea Bauer (Chefredaktion), Barbara Berger (SP Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn), Sandra Eichenberger (SP Basel-Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Oliver Lüthi (SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau), Sebastian Dissler (SP Kanton Luzern), Benedikt Knobel (SP Kanton Thurgau), Michael Sutter (SP Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktion

andrea.bauer@spschweiz.ch

Gestaltungskonzept

muellerluetolf.ch

Produktion

Atelier Kurt Bläuer, Bern

Druck

Ringier Print Adligenswil AG
Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen

Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH
Hellgasse 12, 6460 Altdorf
Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47
kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 10.6.
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 12.8.

Regeln der Schlagfertigkeit, Tipps für verschiedene Gesprächssituationen, wann ist diplomatisches, wann direktes Vorgehen angebracht.
Referentin: Emiliana Della Torre (Movendo)

Anlageorganisation in Vorsorgeeinrichtungen D1.3.1305

9.–11.9.; Hotel Flora Alpina, Vitznau
Anlagevorschriften gemäss BVV2, Vor- und Nachteile diverser Anlagemöglichkeiten, Wesen der derivativen Instrumente, Struktur der PK-Anlagen, Führungsverantwortung, Beurteilung der Risikofähigkeit und Festlegen einer Anlagestrategie, Auftragserteilung an externe Vermögensverwalter, Beurteilung der Anlageneleistung. Referenten: Dominique Ammann (PPCmetrics AG), Heinrich Nydegger (Unia)

Anmeldung: www.movendo.ch,
info@movendo.ch, Tel. 031 370 00 70

Die Kosten für eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 230.– pro Tag statt Fr. 390.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.–. Bei Monika Bolliger (SP Schweiz, Tel. 031 329 69 91) kann finanzielle Unterstützung beantragt werden.

AGENDA

28. Juni

Koordinationskonferenz
in Freiburg

29. Juni

Delegiertenversammlung
in Freiburg

7. September, Bern

Jubiläumsfest 125 Jahre
SP Schweiz

25. Oktober

Koordinationskonferenz

26. Oktober

Delegiertenversammlung

www.spschweiz.ch

Ohne Frauen geht nichts!



Liselotte Peter ist Vizepräsidentin des Schweizerischen Bäuerinnen- und Landfrauenverbands SBL.

Was in der Dritten Welt schon lange bekannt ist, wissen wir nun auch hier in der Schweiz: Ohne die Frauen läuft in der Landwirtschaft nichts – oder nicht viel!

Verschiedene Befragungen und Studien haben sich in jüngster Zeit mit der Stellung der Frauen in der bäuerlichen Welt befasst und deren Wert und den Einfluss auf die Existenz der Landwirtschaftsbetriebe beleuchtet. Allerdings, wenn allgemein gültige Aussagen zum persönlichen und beruflichen Werdegang oder zur aktuellen Tätigkeit der Frauen gemacht werden sollen, stossen wir schnell an Grenzen: Die Frauen in der Landwirtschaft sind sich etwa so ähnlich wie ein Fingerprint dem anderen – nämlich gar nicht. Jedes Bäuerinnenleben ist unvergleichlich und unvergleichbar! Kaum ein Beruf wird auf so verschiedenen Wegen erreicht. Der Wandel in den letzten Jahrzehnten ist unübersehbar: Wurde die früher meist aus bäuerlichen Verhältnissen stammende Frau über die bäuerlich-hauswirtschaftliche Ausbildung und durch Heirat zur Bäuerin, so stammen heute die meisten der jungen Frauen nicht mehr aus der Landwirtschaft. Sie erlernen einen anderen Beruf und wenden sich, wenn überhaupt, erst nach der Heirat einer Ausbildung zur Bäuerin zu. Viele von ihnen arbeiten im angestammten Beruf weiter, auch während der Familienphase, und steuern damit einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zum Familieneinkommen bei. Ohne dieses zusätzliche Einkommen könnte mancher Bauernbetrieb schon lange nicht mehr existieren. Kaum ein Beruf bietet so grosse Entfaltungsmöglichkeiten. Die Arbeit in Familie und Betrieb wird je nach Betriebstyp, Grösse oder verfügbaren Arbeitskräften zwischen den Ehepartnern aufgeteilt. Die Betriebsarbeit und landwirtschaftsnahe Tätigkeiten wie Direktvermarktung oder Agrotourismus haben bei den Bäuerinnen markant zugenommen, was auf Kosten von Hausarbeit und Garten geht. Eine gute Ausbildung bringt hier viel Effizienz und spart Zeit.

Der Traumberuf Bäuerin hat auch seine Nachteile. Die zeitliche und körperliche Überbelastung über Jahre und die angespannte finanzielle Lage vieler Betriebe fordern ihren Tribut. Davon zeugen die zunehmenden Zahlen an Suiziden, an Trennungen und Scheidungen und an Burnout-Erkrankungen. Auch der Bauernhof zeigt sich je länger, je weniger als heile Welt!



SPINAS CIVIL VOICES



SAUBERES WASSER IST

DIE BASIS JEDER ENTWICKLUNG.

Wünschen Sie sich zum Geburtstag sauberes Trinkwasser für Kinder in Afrika auf WWW.MEIN-WUNSCH.ORG

Unterstützt durch



HELNETAS

Handeln für eine bessere Welt